

Eine neue Rolle



Lisa Boekhoff
über Bremens Aussichten

Das Jahr war turbulent. 2019 entging Deutschland knapp einer Rezession. Die Lage entspannte sich leicht, und die Wirtschaft zeigte sich robust. Bremen musste dagegen im ersten Halbjahr ein Minus hinnehmen. Zudem bröckeln wichtige Säulen des Standorts. Die Automobilbranche befindet sich in einer Krise. Mercedes entlässt im Bremer Werk Leiharbeiter. Gleich zwei Zulieferer streichen massiv Stellen: Thyssen-Krupp und Bosch. Die Produktion von Lenksäulen will Bosch sogar komplett aufgeben. Ende 2020 soll hier Schluss sein. Und das Stahlwerk plante mit Kurzarbeit, bis es doch Hoffnung gab durch neue Aufträge. Eine Rettung ist das nicht.

Automobilsektor oder Stahlindustrie – sie stehen wie die Wirtschaft insgesamt unter Druck und haben Mammutaufgaben vor sich: die Digitalisierung und den Klimaschutz. Der Bund muss eine neue Rolle einnehmen, etwa mehr als bisher in Forschung und Programme zur grünen Produktion investieren. Es geht für den Standort schließlich nicht allein darum, die Konjunktur zu beleben, sondern Umbrüche zu meistern – auch in Bremen. **Berichte Seiten 1 und 13**
lisa.boekhoff@weser-kurier.de

In der Sackgasse



Birgit Holzer
über Proteste in Frankreich

Aus dem Ausland mag man mitunter kopfschüttelnd nach Frankreich blicken: Dort gehen die Menschen im Schnitt deutlich früher in den Ruhestand als anderswo und erhalten höhere Bezüge. Zugleich gibt der Staat mehr für die Rente aus und Arbeitnehmer zahlen verhältnismäßig hohe Beiträge – und doch wehrt man sich heftig gegen Reformpläne, die die 42 Sondersysteme abschaffen und das Defizit der Rentenkasse in den Griff bekommen sollen. Dass es in anderen Ländern längst härtere Bedingungen gibt, die die höhere Lebenserwartung berücksichtigen, zählt für die Reformgegner nicht als Argument. Niemand möchte seine Vorteile verlieren, die bis jetzt als garantiert galten.

Die Regierung kann noch so oft wiederholen, sie wolle das System gerechter und zukunftsfest machen, um kommende Generationen zu entlasten: Man vertraut ihr nicht. Denn Präsident Macron hat für viele an Glaubwürdigkeit verloren, nachdem er bisherige Reformen wie die bei der Staatsbahn oder eine Lockerung des Kündigungsschutzes durchs Parlament peitschte. Die Franzosen erwarten nicht Gutes von ihm und fordern den Status quo. Für Macron hingegen steht das Image als mutiger Reformier auf dem Spiel. Ein Ende des Kräftegleichens scheint nicht in Sicht. **Bericht Seite 4**
birgit.holzer@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen
Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion/Leiter Digitales: Philipp Jaklin
Art-Direktor: Franz Berding
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik:
Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und
Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp
Jaklin (Komm.) - Sport: Mathias Sonnenberg - OSTERHOLZER
KREISBLATT: Antje Borselmann - DIE NORDDEUTSCHE:
Michael Brandt - WÜMMEL-ZEITUNG: André Fesse - ACHIMER
KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke - SYKER
KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Eike Wienberg (Komm.)
* DELMENHORSTER KURIER: Andreas D. Becker* - Büro Berlin:
Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel:
Dietlef Drewes - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit
Holzer - Büro Washington: Thomas Spang
*Pressedienst Nord GmbH

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum
monatlich 38,90 € einschließlich 7% USt.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 73.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9.30 bis 18 Uhr, sonnabends von
10 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags
von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags
von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungs-
häuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigelegten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/36 71 66 77 Telefax: 04 21/36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Redaktion:
Telefon: 04 21/36 71 0 Telefax: 04 21/36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 04 21/36 71 66 55
Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)
Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Kostas Koufogiorgos

Ein Stresstest für die föderale Familie



Silke Hellwig
über Altschulden

Es gibt mit Gewissheit eine große Anzahl von Oberbürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz große Durchsetzungskraft beziehungsweise Verhandlungsgeschick für das neue Jahr wünschen. Das kann nämlich nicht schaden, um eine Altschuldenregelung für hoch verschuldete Kommunen zu finden. Die Aufgabe ist denkbar anspruchsvoll: Laut Experten erfordert sie zum einen eine Verfassungsänderung. Zum anderen ist sie konfliktträchtig, da nur knapp ein Fünftel der etwa 11.000 deutschen Kommunen vom Bund finanziell beglückt werden soll. Vier Fünftel werden entsprechend mäßig begeistert sein.

Dabei gibt es Gemeinden, die praktisch schuldenfrei sind. Sie liegen überwiegend in den alten Bundesländern und in deren Süden. Von dort verlangt Scholz, gönnen zu können, familiäre Solidarität und verständnisvolle Großzügigkeit. In einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ sagte er: „Im Föderalismus ist es manchmal wie in einer Familie, wo ein Kind sich beschwert, dass das andere Kind eine neue Jacke bekommen hat, und es nicht, weil seine Jacke noch tadellos ist.“

Länderfamilie, Zusammenhalt, Verständnis? Da war doch was? Ganz genau: Der sogenannte horizontale Länderfinanzausgleich bestimmte die Grenzen der Solidarität. Die Geberländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wollten ihn mehrfach aufkündigen. „Wir sind solidarisch, aber nicht blöd“, sagte bei-

spielsweise der damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer. Der Kritik in Worten folgten Taten: 1998 strengten die Länder vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klage an. Eine weitere wurde 2013 zurückgezogen, da die Verhandlungen um den neuen Finanzausgleich begannen, der mit dem neuen Jahr in Kraft getreten ist.

Ein Hauptargument der Südländer: Es gebe keinen Anreiz, verantwortungsvoll zu haushalten, wenn man sich auf die Hilfe anderer verlassen könne. Die einen leisteten sich trotz hoher Schulden neue Hallenbäder (und damit Zuschüsse), an-

Die Grenzen der Solidarität illustriert der Länderfinanzausgleich.

dere täten alles, um zu sparen und ihre Einnahmen zu erhöhen. Ähnliches wird auch die Diskussion um die (Teil-)Entschuldung von Kommunen bestimmen.

Indes dürfte auch ein Gegenargument den Bremern bekannt vorkommen: die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Eine Schuldenkappung könnte einen Beitrag dazu leisten, dass es keinen allzu großen Unterschied macht, ob man sich in Garmisch-Partenkirchen oder in Flensburg ansiedelt. Das darf man laut Grundgesetz am Dialekt erkennen oder an der Geografie, nicht aber am Zustand der Schulen oder Straßen.

Die Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ kam bereits im Sommer zu dem Schluss, dass eine Altschuldenregelung ein angemessenes Mittel sei, Städten wie Darmstadt

(Pro-Kopf-Verschuldung Ende 2017: 14.581 Euro) und Kaiserslautern (11.477) neue Perspektiven zu eröffnen und ihre Einwohner nicht übermäßig zu benachteiligen. Das Beispiel Bremerhaven (seit Mittwoch schuldenfrei) verdeutlicht das. Die Stadt müsste in diesem Jahr 50 Millionen Euro für Zins und Tilgung ausgeben, wenn das Land die Schulden (1,7 Milliarden Euro) nicht übernommen hätte. Dazu dient auch die „Hessenkasse“: In 179 Kommunen wurde der „Reset-Knopf gedrückt“, indem sie „aus dem Dispo geholt“ wurden, wie Hessens Finanzminister Thomas Schäfer formulierte. Kassenkredite in Höhe von fast fünf Milliarden Euro hat das Land übernommen, sie werden gemeinsam mit den Gemeinden getilgt.

Die Städte Bremen und Bremerhaven sind also entschuldet, das ändert nur nicht viel an der Lage des Landes. Die „Süddeutsche Zeitung“: „Die Nacht der Nächte, in der es wie seine Stadtgemeinden schuldenfrei sein wird, wird also noch eine Weile auf sich warten lassen – bei einem Schuldenabbau im aktuellen Tempo etwa 730 Jahre.“

Um die Zeit zu verkürzen – falls es an der Bereitschaft aller Länderfamilienmitglieder für eine Altschuldenlösung gebriert, von der Bremen profitiert – bleibt der Weg, den der Bürgermeister des niedersächsischen 8000-Einwohner-Dorfs Algermissen eingeschlagen hat: Er startete in den 1980er-Jahren einen strikten Sparkurs. Um die allerletzten Schulden zu tilgen, absolvierte er seine Termine mit einem großen Sparschwein unter dem Arm, berichtet die „Zeit“. So gelang es, die Kredite komplett abzulösen. Bürgermeister Andreas Bovenschulte tourt bekanntlich schon durch Bremens Stadtteile. Eine Spardose wird sich aufreiben lassen.

silke.hellwig@weser-kurier.de



Olaf Scholz (SPD) – hier beim Tag der offenen Tür im Bundesfinanzministerium – will rund 2500 hoch verschuldete Kommunen entlasten.

FOTO: CHRISTOPH SOEDER

Frankfurter Rundschau

über den Angriff auf die US-Botschaft: „Im Nahen Osten beginnt das neue Jahrzehnt, wie das alte endete – mit Chaos und Gewalt, mit Luftangriffen und Todesopfern. Im Norden Syriens verbreiten russische Kampffjets Angst und Schrecken. Auf dem Schlachtfeld in Libyen bräut sich der nächste internationale Stellvertreterkrieg zusammen. Und im Irak droht nach dem Angriff auf die US-Botschaft ein Showdown zwischen den Erzfeinden Washington und Teheran. Beide Seiten pokern hoch. Beide Seiten haben viel zu verlieren. Donald Trump will im Präsidentenwahlkampf damit punkten, er habe seine Soldaten aus dem nahöstlichen Morast nach Hause geholt. Sein iranischer Widersacher Ali Khamenei will eine Nation hinterlassen, deren hegemoniale Vormacht unangefochten ist. Seit den Protesten in Libanon und Irak weht Teheran aber der Wind scharf ins Gesicht. Die arabischen Völker haben das Treiben der schiitischen Milizen satt.“

Straubinger Tagblatt

über die Große Koalition: „Die Sozialdemokraten werden den von der neuen Spitze angekündigten Linksschwenk jetzt auch mit Inhalten füllen müssen. Das bedeutet, zu versuchen, der Union jenseits der Vereinbarungen des Koalitionsvertrags Zugeständnisse abzutrotzen. Einen höheren Mindestlohn etwa und einen ambitionierteren Klimaschutz. CDU und CSU werden sich tüchtig wehren, vor allem gegen rote Attacken auf die schwarze Null. Ganz gegen die Forderungen des Partners sperren können sich die Unionsparteien aber wohl kaum. Für Kanzlerin Angela Merkel von CDU soll die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte der Beginn eines glanzvollen Abschieds von der politischen Bühne im Jahr darauf sein. Zu viel Stunk im eigenen Kabinett käme ihr ungelogen. Ein paar Zugeständnisse an den Koalitionspartner dürften also drin sein.“

Südwest Presse (Ulm)

über Vernetzung der Notfallversorgung: „Mal abgesehen von Funklöchern und einem Technik-Wirrwarr, was zu beseitigen lange, ja viel zu lange dauert, ist der Knackpunkt das Kompetenzgerangel zwischen den Beteiligten. Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und Rettungsdienste kämpfen verblissen um ihren Anteil am Milliarden-Kuchen der Gesundheitsausgaben. Nicht zu vergessen die Länder, die sich vom Bund ungenutzt reinreden lassen und so einheitliche Lösungen erschweren. Angesichts dieser Gemengelage braucht jede Reform Zeit und Nerven wie Drahtseile.“

Mitteldeutsche Zeitung (Halle)

über Pflege: „Passiert auf der Finanzierungsebene nichts, treibt das die Eigenanteile der Heimbewohner um mehrere Hundert Euro nach oben. Deshalb gibt es verschiedene Reformvorschläge, um das Pflegerisiko wieder zu einer kalkulierbaren und bezahlbaren Größe zu machen. Im Gleichklang dazu muss dann aber auch die Pflege zu Hause neu strukturiert werden. Denn was der finanzielle Eigenanteil in einem Heim ist, ist bei der Pflege zu Hause die Arbeitsleistung der pflegenden Angehörigen. Auch sie darf nicht ins Unermessliche steigen.“